



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anzeigengebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 38. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 23. Januar 1878.

## Deutschland.

### 0. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 49. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 22. Januar).

11 Uhr. Am Ministertische Friedenthal, Achenbach und mehrere Com-missarien.

Eingegangen ist vom Finanzminister der Bericht über die Verwaltung des Hinterlegungs-fonds.

Die Commission zur Verfassung der Kreisverfassung für Posen ist gewählt und hat sich constituirt. Delius, Vorsitzender, Hänel, dessen Stellvertreter, Wittrock und v. Grote, Schriftführer.

Die zur Verlesung gelangende Interpellation des Abg. v. Wierzbinski lautet: In den letzten Jahren sind in Westpreußen und im Großherzogthum Posen, vornehmlich im Regierungsbezirk Bromberg, mehrere Hunderte alter geschlossener polnischer Ortsnamen von Dörfern und Städten in durchaus anders lautende deutsche umgewandelt worden. Durch dieses von den be-treffenden Regierungsbehörden gutgeheißene und beförderte Verfahren werden geschichtliche, öffentliche und Privatinteressen in der empfindlichsten Weise berührt und beeinträchtigt. — Welchen Standpunkt nimmt die königliche Staatsregierung diesem Verfahren gegenüber ein? — Ist dieselbe bereit, demselben Abhilfe zu schaffen?

Der Interpellant steht in dem Vorgehen der Regierung eine Rück-sichtlosigkeit sonder Gleichen gegen die Polen; er beruft sich auf die Worte des Abg. Birkow, der diese Namensänderung eine Barbarei gegen die Polen und gegen die Geschichte genannt habe. Jedes Amtsblatt habe Hun-derte solcher Änderungen gebracht. Die Verwirrungen, welche daraus im Grundbuch und Hypothekensystem entstanden seien, seien ja allbekannt. Man habe die Gemeinden durch allerlei Versprechungen (daß sie weniger Steuern bezahlen sollten u. dgl. m.) dahin gebracht, daß sie einer Namens-änderung zustimmten. Redner tadelt dann, daß man Namen wie Weichen-burg, Wörth, Sedan u. s. w. auf die polnischen Districte übertragen habe. Es sei ja ein berechtigter Stolz der Sieger, auf diese Art die Erfolge der Waffen zu verherrlichen, allein dann sollten sie sich auch davor in Acht nehmen, daß nicht das ästhetische Gefühl verletzt und die Namen in so wenig würdiger Weise auf fremden Grund und Boden übertragen werden. Bei der Uebersetzung habe man den Polen ihr Eigenthum genommen, jetzt suche man auch die Insanien dieses Eigenthums, die alten Namen, auszumergen. Ein solches Verfahren könne weder die Regierung noch das Parlament billigen. (Beifall bei den Polen.)

Minister Friedenthal: Daß die Amtsblätter Hunderte solcher Namensänderungen publicirt haben sollen, muß ich entschieden bestreiten; in den Jahren 1875—77 sind nur etwa 200 solcher Änderungen vor-genommen worden. (Heiterkeit.) Ihr Sachverhalt wäre bei der Bemerkung des Vorredners angebracht gewesen. Denn wenn jedes Amtsblatt Hunderte von Änderungen publicirt haben soll und in dieser Zeit mehr als hundert Amtsblätter erschienen sind, so fordert eine solche Behauptung, weil sie unrichtig ist, das Lachen heraus. (Sehr richtig.) Wenn man die Districts-commissionen beschuldigt, daß sie den Gemeinden Verminderung der Abgaben zu versprochen hätten, um sie zu einem Beschlusse zu bestimmen, sind solche Inquisitionen ein Uebelstand, wenn man dem geschicklichen Ver-treter dieser Beamten nicht in lokaler Weise die Möglichkeit gegeben hat, sie zu rechtfertigen. (Sehr richtig.) Reichen Sie Beschwerden beim Mini-sterium ein, sie werden genau geprüft und eventuell beseitigt werden. Durch ein bloßes Beschuldigen der Beamten erreichen Sie den Zweck nicht, den wir Alle wollen, die Herrschaft des Gesetzes. Die Umänderung von Namen wird gegenwärtig nur vorgenommen, wo deutsche Eingessene an derselben ein Interesse haben und keine Störung der geschichtlichen Tradition eintritt. — In der letzten Zeit sind die Änderungen nur vor-genommen, wo die Gemeindeverordnungen resp. die Gutsbesitzer die Änderung beantragt oder gutgeheißen haben. Unter diesen Umständen lag doch kein Bedenken gegen eine Änderung vor. Die großen Verwir-rungen, von denen der Vorredner sprach, sind nicht vorhanden. Die Be-schwerde findet ihre Grundlage nur in den national-polnischen Bestrebungen, denen man aber die national-deutschen entgegenstellen kann. Uebrigens sind die Bezirksregierungen nicht befugt, eigenmächtig vorzugehen; sie müssen an die Centralstelle berichten, die eine allerhöchste Bestimmung ertheilt, welche aber nur nach gründlicher Prüfung beantragt wird. Wenn in den einzelnen Fällen bewiesen werden sollte, daß der Mehrheitsbeschluss der Ge-meindeverordnungen erlitten oder erzwungen ist, so wird die Staatsregie-rung keine Rücksicht darauf nehmen, so lange ich im Amte bin, darauf gebe ich Ihnen mein Wort. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Weppen) beantragt die Besprechung der Inter-pellation. Es melden sich 7 Redner gegen, 8 für die Interpellation zum Wort.

Abg. Wehr (Comig): Im Bezirk Bromberg scheint mir bezüglich der Namensumwandlungen allerdings etwas zu viel des Guten geschehen zu sein. In Westpreußen ist man dagegen in sehr milder Weise vorgegangen, indem die Umwandlung nur dann erfolgte, wenn der Majoritätsbeschluss einer Gemeinde oder der Antrag eines selbstständigen Gutsbesizers vorlag. Wir haben dort eine große Anzahl von Ortsnamen, die noch vor kurzer Zeit deutsch waren, und wenn nun die Bevölkerung wieder einen deutschen Namen haben will, so ist dies ein durchaus berechtigter Wunsch, dem will-fahrt werden muß. In den letzten 5 Jahren sind in Westpreußen höchstens 30 oder 40 Ortsnamen umgewandelt worden. Man muß mit der Germa-nisirung der Polen in ruhiger verständiger Weise vorgehen, durch übertriebene Maßregeln würde nur das Gegentheil von dem, was man bezweckt, er-reicht werden.

Abg. v. Stablewski: Der Minister hat unsere Beschwerden vom Stand-punkt des formellen Rechts behandelt; es ist aber an der Zeit, sie vom sitt-lich-rechtlichen Standpunkte zu betrachten. Es ist ein Mißbrauch der Gewalt, wenn man uns unser nationales Bewußtsein und unsere geschichtlichen Erinnerungen entreißen will. Diese Maßregeln sind ein neuer Schlag gegen unsere Existenz, aber wir werden Polen bleiben, und die Regierung wird daran nichts ändern. Im Uebrigen sind die meisten der umgewandelten polnischen Ortsnamen für die Deutschen gar nicht schwer auszusprechen.

Abg. v. Wilamowitz: Eine geschichtliche Grundlage aber das Verfahren bei der Umwandlung der Ortsnamen ist nicht vorhanden. Wenn es sich nur um die Veränderung der Schreibweise handelt, so nimmt die Regierung diese Änderung dann vor, wenn zwei Schreibweisen bestehen und dadurch Verwirrungen herbeigeführt werden. Ein ganz anderer Name wird aber nur dann gegeben, wenn dies von der Mehrheit einer Gemeinde auf Grund eines ordnungsmäßigen Beschlusses beantragt wird. Hiergegen kann nichts ein-gewendet werden. Einzelne Mißgriffe der Beamten rechtfertigen nicht die scharfen und bitteren Beschwerden des Interpellanten. Es wäre freilich besser, wenn man aufhörte, Beamte, die sich anderwärts mißliebig gemacht haben, nach Posen zu schicken; ich muß aber beistimmen, daß in Posen weniger gute Beamte wären als in anderen Provinzen. Die Polen mögen sich an die geschichtlichen Thatfachen der letzten Zeit gewöhnen und aufhören, die Deutschen als Eindringlinge und Colonisten zu betrachten; dann wird das Einverständnis zwischen den deutschen und polnischen Elementen herbei-geführt werden.

Abg. Kantat: Auch wir wünschen das Einverständnis, aber wir wollen das Recht haben, unsere Sprache zu bewahren; wir wollen nicht, daß man uns Beamte schickt, die keinen Satz haben und gewaltthätig sind. Wir hatten früher bessere Beamten; Herr von Bonin, der in diesem Hause sitzt, hat uns nicht viel Gutes gethan, aber auch nichts Böses, er hat uns nicht verfolgt und den werden Sie doch nicht als schlechten Deutschen hinstellen wollen? Von dem Minister Gulenburg war wenig für uns zu erwarten; jetzt haben wir einen neuen Minister, der zum Theil die Provinz kennt und uns nicht schöff entgegengetreten ist. Und daß wir überhaupt, so lange Fürst Bismarck an der Spitze der Gesandtschaft steht, nichts zu erwarten hätten, wollen wir nicht glauben, denn sonst könnten wir ruhig unseren Mantelsack schnallen und nach Hause gehen. Selbst die „Posener“ und „Niederrheinische Zeitung“, die doch gewiß nicht polenfreundlich sind, tadeln die Umwandlung der polnischen Ortsnamen. Die neuen Namen sind zum Theil gar nicht deutsch, sie beweisen nur die Euth, die polnischen Namen zu verunstalten;

auch ein gewisser Personencultus zeigt sich darin, wie z. B. in den Namen: Falkenstein und Bismarcksdorf. Wir verlangen von dem Minister, daß er die Regierungsbehörden wissen lasse, daß diese Art der Germanisirung, das Umlauten der polnischen Namen, selbst wenn ein Antrag der Betheiligten vorliegt, an maßgebender Stelle nicht beliebt ist.

Hiermit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Hundt v. Hafften, daß er sich auf der Neb-nerliste gegen die Interpellation habe eintragen lassen, um auf diese Weise, nach dem Rath eines polnischen Collegen, zum Worte zu kommen; trotzdem sei er mit den Ausführungen des Ministers Friedenthal und des Abg. Wilamowitz nicht einverstanden und könne die Purificierungswuth nicht mit der Germanisirung identifiziren.

Damit ist die Interpellation erledigt. Es folgt die zweite Verlesung des Gesetzes, betreffend die Betheiligung des Staates an dem Unternehmen einer von Kiel über Ederförde nach Flensburg fahrenden Eisenbahn durch Uebernahme von 700,000 Mark der zu dem Zweck der Aus-führung dieses Unternehmens auszugebenden Aktien.

§ 1 lautet in der Regierungsvorlage: „Der Staat theilte sich an dem Unternehmen einer von Kiel über Ederförde nach Flensburg fahrenden Eisenbahn durch Uebernahme von 700,000 Mark der zu dem Zweck der Aus-führung dieses Unternehmens auszugebenden Aktien.“

Die Commission beantragt folgende Fassung: „Der Staat theilte sich an dem Unternehmen einer von Kiel über Ederförde nach Flensburg fahrenden Eisenbahn durch Uebernahme von 698,000 Mark der zu dem Zweck der Ausführung dieses Unternehmens auszugebenden Aktien, und zwar 348,500 Mark Stammactien und 349,500 Mark Stammprioritäts-Actien.“

Referent Ridert: Die Budgetcommission hat das dem Gesetzentwurf beiliegende Statut eingehend beraten und manche Änderungen gewünscht. Der Commissar des Handelsministeriums hat dieselben in Aussicht gestellt; ich wünsche aber eine directe Erklärung des Handelsministers.

Handelsminister Achenbach erklärt, daß er die von der Commission ge-wünschten Änderungen zur Kenntniß des Comites bringen und für die Annahme derselben nach Kräften eintreten werde.

Die Vorlage wird darauf in der Fassung der Commission angenommen. Es folgt die zweite Verlesung des Gesetzes, betreffend die Ausdehnung des Unternehmens der Westholsteinischen, von Neumünster über Heide nach Tönning fahrenden Eisenbahn auf die Betheiligung an dem Unternehmen einer von Heide nach Wesselsburen fahrenden Zweigbahn und die Uebernahme des Betriebes derselben durch die Westholsteinische Eisenbahngesellschaft.

Abg. Lipke konstatirt, daß aus dem Sprachgebrauch dieser Vorlage, wo-nach die Betheiligung der Actiengesellschaft einer Eisenbahn an dem Actien-capital einer anderen Eisenbahngesellschaft, „Ausdehnung“ genannt wird, kein Präcedenzfall für künftige wichtigere Fälle geschaffen werden solle. Das Wort „Ausdehnung“ sei in diesen Beziehungen nur räumlich zu verstehen.

Die Vorlage wird unbedändert genehmigt. Es folgt die zweite Verlesung des Entwurfs eines Chausseepolizei-gesetzes. Die mit der Verlesung betraut gewesene Commission erlaßt durch den Abg. v. d. Goltz einen mündlichen Bericht. Es liegen aber eine große Anzahl von Anträgen vor, und die Debatte über den § 1, der von der Commission bedeutend verändert ist, bringt so viele Streitfragen und Gegen-sätze hervor, daß das Haus sich dem Antrage des Abg. Bernhardt gemäß entschließt, die Vorlage mit allen Anträgen an die Commission zur schrift-lichen Berichterstattung zurückzugeben.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Antrag Senje, betreffend die Steuerfreiheit des denaturirten Spiritus; Petition des Grafen Droste, betreffend den katholischen Unterricht.)

Berlin, 22. Jan. [Amtliche s.] Se. Majestät der Kaiser und Königin hat gestern Nachmittag um 1 Uhr in Allerhöchstem Palais den von dem Könige der hawaiischen Inseln zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Allerhöchstem Hof ernannten Herrn Henry A. P. Carter in Privataudiens empfangen und aus dessen Händen das Schreiben seines Souverains entgegengenommen, wodurch derselbe in der gedachten Eigen-schaft am hiesigen Hofe beglaubigt wird. Als Vertreter des auswärtigen Amtes war bei dieser Audienz der Staatssecretär, Staatsminister v. Bülow zugegen.

Se. Majestät der Königin hat dem Kreis-Bundarzt Dr. med. Gustav Otto Lange in Duisburg den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Hildebrandt zu Treptow a. N. ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, berufen worden. Der Advocat von Garßen in Sameln ist zum Anwalt bei dem dortigen Obergericht ernannt worden. Dem Notar Endepols in Herzogenrath ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Aachen gestattet worden.

Berlin, 22. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute militärische Meldungen in Gegenwart des Comman-danten und demnächst die Vorträge des Chefs der Admiralität, Gene-ral von Stosch, und des Oberst-Leutnants von Brauchitsch vom Militär-Cabinet entgegen. Vor dem Diner hörten Se. Majestät den Vortrag des Staats-Secretärs des Auswärtigen Amtes, Staatsministers von Bülow.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] ertheilte heute der Gemahlin des japanischen Gesandten und dem Gesandten der hawaiischen Inseln die nachgesuchte Antritts-Audienz. (R.-Anz.)

○ Berlin, 22. Jan. [Die Nachsession zweifelhaft. — Neue Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich noch nicht in Sicht. — Indienststellung von Kriegs-schiffen. — Stiftung für unbemittelte Inhaber des eisen-ten Kreuzes. — Englischer Balauch. — Geschäftsbetrieb der Rückkaufshändler.] Die Annahme, daß eine Nachsession für den Landtag so gut wie beschlossen sei, wird uns als irrthümlich be-zeichnet. Die Regierung würde dazu nur im äußersten Nothfall schreiten können und es sind darüber irgend welche Beschlüsse noch nicht gefaßt. Zunächst wird die Hoffnung festgehalten, daß die beiden Justiz-gesetze, auf welche das Meiste ankommt, bis zur Eröffnung des Reichs-tages oder kurz darauf zur Erledigung kommen. — Nachdem die von uns widerlegte Angabe, daß im Januar neue Handelsver-trags-Verhandlungen mit Oesterreich in Berlin beginnen würden, sich thatsächlich als hinfällig erwiesen, kommt man auf den Monat Februar, aber auch von der Eröffnung derartiger Verhandlungen im Februar weiß man in unterrichteten Kreisen hier nichts. — Die dies-jährige Indienststellung von Schiffen unserer Marine soll nach einer Mittheilung, welche durch verschiedene Blätter geht, umfangreicher aus-fallen und eine längere Übungsperiode umfassen, als in früheren Jahren, weil nur dadurch die Offiziere und Mannschaften mit dem Dienst völlig vertraut werden könnten. So vorthellhaft man nun auch in den Kreisen der Marine eine solche Anordnung halten würde, so stehen derselben doch die Bestimmungen des Etats und sonstige ge-sezliche Bestimmungen entgegen. Es haben daher bei der diesjährigen In-dienststellung von Schiffen nur die Bestimmungen der früheren Jahre zur An-wendung kommen können. — Aus den am 1. Jan. c. fällig gewordenen Zinsen der bei Gelegenheit des 50jährigen Dienstjubiläums des Königs ge-gründeten Stiftung für unbemittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes vom Feldwebel abwärts ist, nachdem der Kaiser auf den Vorschlag des Kriegsministers 32 Invaliden zum Empfang einer Unterstützung aus-ersehen hat, jedem derselben durch Vermittelung des betreffenden Ge-neral-Commandos ein Geldgeschenk von 60 M. zugewendet worden.

— Die „Köln. Ztg.“ bemerkt sehr richtig, daß das neueste englische Balauch wieder einmal die Nichtigkeit des Bismarck'schen Wortes von dem zweifelhaften Werth derartiger Publicationen bestätigt. Niemand wird uns diesen Veröffentlichungen einen richtigen Begriff von der diplomatischen Arbeit des letzten Jahres be-kommen. Denn die Politik der Neutralität und Enthaltung war keineswegs eine so leichte und einfache, wie es nach dem Nichtvor-handensein aller eigentlich amtlichen Depeschen erscheinen könnte. Die Hauptwirkung der Sittlichkeit solcher Sammlungen von Actenstücken und ihrer Herausgabe dürfte darin zu suchen sein, daß die diplomatische Arbeit, der eigentlich wichtige Verkehr, mehr und mehr auf den ver-träulichen Gedankenaustausch und auf die vertrauliche Berichterstattung beschränkt worden ist. — Der Minister des Innern hat ein Regle-ment für den Geschäftsbetrieb der Rückkaufshändler resp. der Pfand-leiher den Provinzial-Regierungen zugesandt, um als Polizeiverordnung zu gelten.

[Wider die Fälschung von Nahrungs- und Genuss-mitteln.] Zu der nicht kleinen Reihe wichtiger Vorlagen, welche dem Bundesrath bereits übergeben sind, wird in nächster Zeit auch der vielbesprochene und schon im Voraus viel kritisirte Gesetzentwurf, be-treffend Maßregeln gegen Fälschung von Nahrungs- und Genussmitteln treten, bei dessen Ausarbeitung das Reichs-Gesundheits-Amt, das Reichs-Justiz-Amt und das preussische Justiz-Ministerium theilhaftig gewesen sind. Zweck des Gesetzes ist zunächst der, die einschlägigen Bestimmungen des Straf-Gesetz-Buches genauer zu bestimmen und auch zu verschärfen. Zur Feststellung, was Fälschungen im Einzelnen sind, soll dem Reichskanzler unter Zustimmung des Bundesraths Voll-macht ertheilt und sollen auf Grund derselben je nach Bedürfnis Verordnungen erlassen werden, welche demnach die praktische Grund-lage des richterlichen Verfahrens bilden würden. Im Zusammenhang mit diesen Vorschlägen sollen die Grundzüge für die Bildung localer Gesundheits-Aemter festgestellt werden, welche letztere bei der richter-lichen Verfolgung von Fälschungen als Sachverständige zu fungiren hätten.

Darmstadt, 19. Jan. [Doppelte Auslegung des Reichs-Civilehe-Gesetzes.] Vor Kurzem wurde in der Zweiten Kammer eine Angelegenheit behandelt, welche auch über die Grenzen Hessens Interesse erregen wird, da es sich dabei um die Auslegung des Reichs-Civilehe-Gesetzes dreht. Eine noch aus dem vorigen Jahrhundert stammende althergebrachte Verordnung bestimmt, daß Brautleute die gericht-liche Beschneidung, daß ihrer Verheirathung ein civilrechtliches Hinderniß nicht entgegenstehe, nur dann sollen erhalten können, wenn sie zuvor entweder Ehepacten errichtet oder erklärt haben, sie wollten be-züglich ihrer Vermögensverhältnisse nach dem Landrecht beurtheilt sein. Als es sich um Entwurf einer Instruction für die Standesbeamten zum Reichs-Civilehe-Gesetz handelte, ging die hessische Regierung davon aus, daß nach § 38 des genannten Gesetzes, wonach „die Vorschriften, welche vor der Eheschließung eine Nachweisung, Auseinandersetzung oder Sicherstellung des Vermögens erfordern“, durch das Gesetz nicht berührt werden, jene Verordnung forthin gültig sei, und nahm eine dem entsprechende Bestimmung in die Instruction auf. Diese Auffassung führte zunächst zu einer Interpellation und dann zu einem Antrage des Abgeordneten Strichhorn, wo-nach gebeten wurde, jenen Theil der Instruction zurückzunehmen. Jene der Instruction zu Grunde gelegte Verordnung erscheine durch das Reichsgesetz außer Kraft gesetzt, die Instruction widerspreche also dem Reichsgesetze. Die Regierung beharrte dem Antrage gegen-über auf ihrer früheren Auffassung, indem die Verabredungen, welche Brautleute für den Fall der Auflösung der Ehe in Bezug auf ihre Vermögens- und Erwerbsverhältnisse trafen, als eine „Auseinander-setzung“ im Sinne des Reichsgesetzes, wenn auch vorerst nur als eine „eventuelle“ anzusehen, folglich die Vorschrift der alten Verordnung als fortbestehend zu erachten sei; der Ausschuss dagegen hielt die Ansicht des Antragstellers für die richtige und schlug folgerweise ein entsprechen-des Gesuch dem Plenum vor. In der diesfallsigen Verhandlung be-tonnte nun die Regierung ausdrücklich, daß nicht allein die beiden Hof-gerichte, sondern auch der höchste Gerichtshof auf erforderten Bericht die alte Verordnung als durch das Reichsgesetz nicht berührt erachtet hätten; die Kammer trat aber trotzdem dem Antrage mit allen gegen wenige Stimmen bei, und es stehen sich sonach jetzt die Auslegungen der Gerichte und der Landesvertretung schiefteils gegenüber. Man darf darauf gespannt sein, wie sich dieser Widerspruch lösen wird.

München, 22. Januar. [Der Staatsrath Dr. v. Daren-berger] ist heute Morgen gestorben.

Karlsruhe, 22. Jan. [Die zweite Kammer] ging in ihrer heutigen Sitzung über die Anträge auf Einführung directer Wahlen für den Landtag, die Kreisvertretung und die Bezirksräthe zur Tages-Ordnung über. Die Regierung hatte sich energisch gegen diese An-träge ausgesprochen.

## Oesterreich.

Prag, 21. Jan. [Die Affaire Tierhier-Strejschowsky] bildet noch immer den Gegenstand der lebhaftesten Discussionen in allen Kreisen unserer Bevölkerung; ja, seit dem Augenblicke, da das Publikum erfuhr, daß Herr J. S. Strejschowsky aus Anlaß des un-glücklichen Sturzes des Herrn Architekten Tierhier beim hiesigen Straf-gericht in Haft genommen worden sei, hat sich das Interesse an diesem Falle noch gesteigert, denn das Publikum erblickte in dieser Verhaftung ein Anzeichen, daß die von der „Politik“ gebrachte Erzählung, wonach der Sturz des Herrn Tierhier die Folge eines zufälligen Unglücks ge-wesen sein soll, nicht überall auf Glauben floße. Begreiflicherweise wird nunmehr die Frage um so lebhafter erörtert, was denn eigent-lich den unglücklichen Sturz veranlaßt habe. Alle hierüber laut wer-denden Vermuthungen müssen indeß im Angesichte der eingeleiteten strafgerichtlichen Untersuchung vorderhand in den Hintergrund treten, bis eben die Resultate dieser Untersuchung vorliegen werden. Ueber die Thatfachen, welche der Katastrophe in der Nacht vom Donnerstag unmittelbar vorangegangen sind, brachte der „Potro“, das Organ der altböhmisches Vertrauensmänner, gestern folgende Mittheilung: „Am Donnerstag brachte unser Blatt eine Antwort an die „Politik“ und am selben Tage in der Nacht begab sich Herr Tierhier in die Druckerei der „Politik“, um den Schriftsatz durchzusehen und ließ sich das Ma-nuscript eines polemischen Artikels ausbändigen, indem er gleichzeitig

befahl, den Schriftsatz auseinander zu werfen. Daß er dies zufolge eines Beschlusses des Herausgeber-Consortiums der „Politik“ gethan habe, welches eine Berathung bei Meninger gehabt haben soll, ist nicht wahr, denn weder Herr Zeithammer, noch Herr Randert sind Mitglieder dieses Consortiums; er handelte einfach als Bevollmächtigter des Consortiums der Zeitschrift „Politik“, deren Geheiß er im Auge hatte. . . Herr Tierhier ließ sich einen Wärsenabzug des erwähnten Artikels geben und begab sich mit demselben, bevor der verhängnisvolle Vorfall sich ereignete, in seine Wohnung (die sich im Vordertracé desselben Hauses befindet); dort las er den Artikel dem anwesenden Advocaten Herrn Dr. Schole vor. Dann begab er sich in die Druckerei zurück, um den Druck des Artikels zu verhindern, und was hierauf weiter folgte, ist, wie gesagt, zum Theil noch in Dunkel gehüllt. — In einer besonderen Zuschrift an die „Mar. List“ tritt Herr Dr. Schole der laut gewordenen Ansicht, daß Herr Tierhier in jener Nacht betrunken gewesen sei, mit aller Entschiedenheit entgegen. — Wie der „Post z. Prags“ meldet, sollen am Rockragen und am Hemd des Herrn Tierhier Spuren von Gewalt gefunden worden sein, die darauf hindeuten würden, daß Jemand Hand an ihn gelegt hatte. Dasselbe Blatt versichert, es werde immer wahrscheinlicher, daß der verhängnisvolle Sturz des Herrn Tierhier nicht aus dem zweiten, sondern aus dem ersten Stockwerke erfolgt sei. — In dem Befinden des Herrn Tierhier ist heute eine weitere Besserung eingetreten. Er ist nun bei Besinnung und kann sprechen, wenn auch nur leise. Da die Verletzung eine innere Verletzung befürchtet, so ist heute auch Herr Professor Dr. Kaulisch beigezogen worden. Dem Vernehmen nach dürfte sich heute noch die gerichtliche Commission in die Wohnung des Verletzten begeben, um ihn einzuvernehmen.

### Schweiz.

# Zürich, 19. Jan. [Keine Verfassungsrevision in Bern und St. Gallen. — Aus der Finanzcommission des Ständerathes. — Gesetz gegen den Geheimmittelschwindel. — Von der Gotthardbahn. — Die Righotels. — Clericale Erbschleicherei.] Letzten Sonntag hat das Volk in zwei Cantonen das Begehren nach Verfassungsrevision verworfen. Ein Reinsager meinte: „Unsere Verfassung hätte Verbesserungen nötig, das ist klar; aber für die schlechte Zeit ist sie noch gut genug.“ In Bern beteiligten sich von 108,000 Bürgern kaum 41,000, von denen über 28,000 mit Nein stimmten. In St. Gallen war die Revision vom linken Flügel der ultramontanen Partei gefordert worden; sein Vorschlag Entwurf nahm äußerste Demokratie in Aussicht. Aber mit ungefähr 11,000 gegen 7000 Stimmen ist das Ding zu Boden gefallen. Der „Bund“ schreibt darüber: „Durch das ganze Revisionsprogramm zog sich wie ein rother Faden der politische Gedanke der Schwächung der centralen Staatsgewalt durch Verlegung des Schweregewichts in allen öffentlichen Angelegenheiten in die lenkbare Masse des Volkes und in die einzelnen Gemeinden. Dieser Zerstückelungstendenz, welche namentlich ein verhältnismäßig so junges und aus so heterogenen Bestandtheilen zusammengesetztes Staatswesen, wie den Canton St. Gallen, sehr bald an den Rand der Auflösung hätte bringen müssen, ist das Volk von St. Gallen mit gesundem politischen Takte mannhaft entgegengetreten. Die ganze freisinnige Schweiz hat das bisherige Abstimmungsergebnis mit Befriedigung entgegengenommen. Dasselbe beweist, daß der Sinn für staatliche Zusammengehörigkeit, für solidarisches Zusammenstehen in einem größeren Verbands, als in dem engen und engherzigen der Gemeinde, auch in der Bevölkerung der Dörfchen noch nicht verloren gegangen ist und daß die Maulwurfsarbeit einer staatsfeindlichen Geistlichkeit dem modernen Staats- und Culturgedanken seine Wurzeln im Volksbewusstsein noch nicht vollständig abzugraben vermocht hat. Der Staat ist und bleibt schließlich doch eine Institution, welche weit tiefer und umfassender in das Leben des Einzelnen eindringt, als eine noch so stramme confessionelle Kirchenorganisation. Am Wohl und Wehe seines Staatsorganismus ist ein Volk weit directer betheiligt, als am Gedeihen oder Verblühen einer internationalen Kirche. Wenn eine Bevölkerung nicht durch künstliche Mittel misleitet wird, wenn ihr Blick namentlich nicht durch religiösen Fanatismus getrübt ist, so wird sie ihren staatlichen Einrichtungen beständig die vollste Sympathie entgegenbringen in dem instinctiven Bewusstsein, daß der Staat kein ihr selbst fremdes Element, sondern daß er besonders in der Republik nichts Anderes ist, als das organisierte Volk. Ein Volk, welches durch Agitatoren sich seine Staatseinrichtungen corrumpten läßt und so in seinem eigenen Fleische wühlt, ist mit Blindheit geschlagen und ein bedauerndes Opfer gewissloser Verführung. Das Volk des Cantons St. Gallen hat gezeigt, daß es noch nicht reif genug ist, um zu einem Sturm- laufe gegen die gesunden Grundlagen des eigenen Staatswesens mißbraucht werden zu können.“ Uebrigens ist die liberale Partei des Cantons selbst gewillt, eine Revision der Verfassung vorzunehmen; sie will aber die Zeit dafür selbst ausuchen. — Die Finanz-Commission des Ständeraths hat die Militätersparnisse des Nationalraths meist gestrichen; sie rechnet auf eine Besserung um 6 Mill., zum Theil durch Mehreinnahmen, besonders aus den Zöllen, zum Theil durch Minderausgaben; als Samuel Hill wird die Tabak- und Branntweinsteuer betrachtet. — Die für v. J. in Aussicht genommene Zolleinnahme von 17 Mill. hat 1,271,000 Fr. weniger ergeben. — Die Dringlichkeit eines neuen allgemeinen Militärsteuergesetzes erhellt besonders aus der großen Verschwendung der cantonalen Ansätze; 24 Cantone erheben von 8 St. bis Fr. 1,25 auf den Kopf der Bevölkerung, Nidwalden allein gar nichts. — Eine Commission unter Vorsitz des Bundesraths Droz hat die uns sehr sympathischen Grundzüge eines Gesetzes gegen den Geheimmittelschwindel festgestellt. Bloß Apotheker und Aerzte dürfen Medicamente verkaufen. Alle giftigen und scharf wirkenden Geheimmittel, auch die kosmetischen und diätetischen, sind gänzlich verboten. Unschädliche Geheimmittel, wenn sie nicht Prellerei des Publikums bezwecken, dürfen verkauft werden. Eine Centralcommission wird diesen ganzen Verkehr überwachen. — Die Commission für Verheilung der Gotthardbahn- Beträge setzt die von den Cantonen geforderten Summen herab und mußte der Bundeskassa 3,185,000 Fr. zu. Der große Tunnel erreichte Ende v. J. 9660,6 Meter im Felsstollen. — Für die Abgebrannten von Airolo und Marchisio sind mit Einschluß der Naturalien im Ganzen 361,972 Fr. eingegangen. — Die Betriebsgesellschaft der drei großen Righotels und der Scheidebahn hat sich zahlungsunfähig erklären müssen; ihren Passiven von 3 Mill. steht ungefähr der gleiche Werth in jenen Besitzthümern gegenüber. — Aus St. Ursanne im Berner Jura wird wieder ein Fall von der alteingewurzelten clericalen Erbschleicherei gemeldet. Dasselbst starb kürzlich ein Fräulein, welches drei große Pachtgüter und ein Vermögen zwischen 4- und 500,000 Fr. hinterlassen hat. Ein vor ihr verstorbenen Bruder hatte ihr sein Vermögen vermacht, jedoch mit dem Wunsche, daß ein Theil desselben zur Gründung eines Waisenhauses in St. Ursanne verwendet werde, welchen Wunsch auch die Verstorbenen wiederholt ausgesprochen haben soll. Der abgesetzte Priester Challet von Epauvillers aber wußte die Kränke dahin zu bringen, daß sie ihm ihr ganzes Vermögen mit Ausnahme der drei Güter vermachte und daß sie sogar die Schuldtitel kündete, um dem Priester die Erbschaft von mehreren hunderttausend

Franken einzuhändigen, ohne daß der Staat irgend eine Erbschaftssteuer erhalte. Die ganze Bevölkerung von St. Ursanne soll über diesen Erbschleicher entrüstet sein. — Die Züricher, welche früher Joachim für den größten Violinspieler erklärten, haben jetzt für Pablo de Sarasate als den größeren geschwärmt. Indes dürfte weder einer von diesen, noch Paganini selbst, der größte des Jahrhunderts sein. Auf diesen Rang hat vielmehr jener Engländer Anspruch, welcher auf die Frage: „Spielen Sie Violine?“ umgehend antwortete: „Es ist sehr möglich, ich hab's noch nicht versucht.“

### Italien.

Rom, [Ueber die Eidesleistung des Königs Humbert I.] meldet man von hier auf telegraphischem Wege noch folgende weitere Nachrichten: „Der Sitzung, in welcher der König den Eid leistete, wohnten ungefähr 700 Senatoren und Deputirte an. Ungefähr 2000 Personen, alle in schwarzem Tracte, weißen Halsbinden und schwarzen Handschuhen, besaßen sich auf den Tribünen. An der Stelle, wo sich der präsidentenstühl befindet, hatte man einen Thron errichtet, neben welchem zwei Sessel für den Prinzen Amadeus und den Fürsten von Carignan aufgestellt waren. Um 2 Uhr kam die Königin Margaretha und die Königin von Portugal an und nahmen in der königl. Tribüne Platz. Sie waren beide in tiefer Trauer. Der älteste Sohn des Königs, der Prinz von Neapel, und der Kronprinz von Portugal, ein Knabe von 14 Jahren — er war in Uniform — begleiteten sie. In der königl. Tribüne nahmen noch Platz der deutsche Kronprinz, der österreichische Erzherzog, der Marschall Canrobert und die übrigen Abgesandten der fremden Mächte. Dieselben waren alle in großer Uniform. Als der König im Saal erschien, erhob sich die ganze Versammlung und begrüßte ihn mit stürmischen Vivats. Der König ging langsamen Schrittes und grüßte mehrere Male die Versammlung. Nachdem der König sich vor dem Thron aufgestellt, sagte ihm der Minister des Innern: „Ich fordere Ew. Majestät auf, sich zu setzen“, und sich an die Mitglieder des Parlaments wendend, sagte er: „Meine Herren! Sie sind versammelt, um den Eid des Königs entgegen zu nehmen.“ Der König las hierauf, mit etwas feiner, aber fester Stimme, die Eidesformel, die folgendermaßen lautet: „In Gegenwart Gottes schwöre ich, die Verfassung loyal zu beobachten, die königliche Macht nur kraft und in Gemäßheit der Gesetze auszuüben; Jedem nach seinen Rechten volle und genaue Gerechtigkeit zu Theil werden zu lassen und in jeder Sache einzig und allein dem Interesse, dem Wohlergehen und der Ehre der Nation gemäß zu handeln.“ Nach der Eidesleistung ertönten neue Vivats, worauf der König drei schwarzgeränderte Schriftstücke unterzeichnete, welche die Eidesformel enthalten und wozu zwei für die beiden Kammern, das dritte für die Staatsarchive bestimmt ist. Der König nahm dann wieder auf dem Thron Platz und die Eidesleistung der Parlamentsmitglieder fand statt. Zuerst trat Prinz Amadeus vor und sagte mit besonders entschlossener Stimme: „Giuro“. Ihm folgte der Fürst von Carignan, nach welchem alle Senatoren und Deputirten unter Namensruf vor den Thron hintraten, um ihr „Giuro“ auszusprechen. Während der Eidesleistung verhielten sich die beiden kleinen Prinzen in der königlichen Loge in aufrechtstehender Stellung. Der König verlas nun folgende Rede (die auszugeweißt schon mitgetheilt worden):

Die Worte, welche ich in den Momenten meines Schmerzes an mein Volk richtete, wiederhole ich heute vor dessen Vertretern. Ich fühle mich ermuntert, die Pflichten des Lebens wieder aufzunehmen, nachdem ich gesehen habe, wie die Trauer meines Hauses einen aufrichtigen Widerhall in dem ganzen Lande gefunden hat. Das gesegnete Andenken an den König-Bekehrer machte aus allen italienischen Familien eine einzige. Diese große Einmüthigkeit der Gesinnung war eine Gergensleistung für mich und die Königin, die unseren vielgeliebten Sohn nach dem ruhmwürdigen Beispiele seines Großvaters erziehen wird. Bei diesem unerwarteten Trauerfalle, der Italien getroffen, war für uns auch ein Trost die Theilnahme Europas und die Anwesenheit der erlauchten Prinzen und ausgezeichneten Persönlichkeiten, die den Ehren, welche die Hauptstadt des Reiches unserem ersten Könige erwiesen, eine besondere Feierlichkeit verlieh. Diese Beweise von Achtung und Sympathie sind eine neue Betätigung des italienischen Reiches. Ich muß hier meine tiefgefühlte Erkenntlichkeit ausdrücken — diese Kundgebungen bestätigen meine Ueberzeugung, daß ein freies, einiges Italien eine Würsthaft des Friedens und des Fortschrittes ist. An uns ist es, dem Lande diese hohe Stellung zu erhalten. Wir sind keine Neulinge in den Schwierigkeiten des öffentlichen Lebens. In der That, wie viele nützliche Lehren bieten die letzten dreißig Jahre der nationalen Geschichte, welche abwechselnd durch unverbundene Unglücksfälle und vom Glück bereitete Wendungen die Geschichte mehrerer Jahrhunderte in sich fassen! Indem ich die mir auferlegte hohe Aufgabe übernehme, schöpfe ich all mein Vertrauen aus dem Gedanken: Italien, das Victor Emanuel zu verstehen wußte, beweist mir heute die Wahrheit der Lehre meines ruhmwürdigen Vaters, daß die gewisshafte Achtung freier Institutionen der sicherste Schutz gegen alle Gefahren ist. Dieser Gedanke ist es, der mir Kraft verleiht wird. Getreu dem Willen der Nation wird mich das Parlament bei den ersten Schritten meiner Regierung leiten mit jener Loyalität der Absichten, welche der große König, dessen Andenken wir alle ehren, selbst mitten im lebhaftesten Widerstreite der Parteien und im unvermeidlichen Kampfe der Meinungen einzuflößen gewußt hat. Die Aufrichtigkeit der Gedanken und die Einigkeit in der Liebe zum Vaterlande, dies werden sicherlich die Stützen sein, welche ich auf dem schwierigen Wege finden werde, den wir gemeinsam zurücklegen haben und an dessen Ende für mich der Ehrgeiz steht, das Lob zu verdienen: er ist meines Vaters würdig gewesen!

Diese Rede rief ohne Aufhören die begeistertsten Rufe hervor. Besonders stark waren die Bravos, als der König sagte, daß die große Trauer um den Verstorbenen aus ganz Italien und dem Hause Savoyen nur Eine Familie gemacht. Als der König von seinem Vater sprach, zitterte seine Stimme und er konnte kaum Herr seiner Erregung werden. Die Sitzung dauerte ungefähr dreiviertel Stunden. Nach derselben fuhr der König nach dem Quirinal zurück. Die ungeheure Menge, die sich überall angemeißelt hatte, begrüßte ihn überall mit gewaltigen Hochrufen, und die Begeisterung stieg bis auf den höchsten Gipfel, als nach seiner Rückkehr der König mit der Königin, dem deutschen Kronprinzen und dem österreichischen Erzherzog auf dem Balcon erschienen und der deutsche Kronprinz dort den ältesten Sohn des Königs, den Prinzen von Neapel, auf seine Arme nahm, ihn dem Volke zeigte und küßte.

[Ueber den Abschied des deutschen Kronprinzen von Rom] bringt das „Berl. Tagebl.“ folgende telegraphische Meldung: Der deutsche Kronprinz nahm um halb 4 Uhr Nachmittags Abschied von der Königin. Um 4 Uhr dinirte der Kronprinz im Palazzo Caffarelli beim deutschen Botschafter. Auf 5 Uhr war die Abreise mit einem Extrazuge festgesetzt. Trotzdem ein strenges Incognito angeordnet war, erschien um halb 5 Uhr eine Ehrenwache von Bersagliern auf dem Bahnhofe. Um dreiviertel auf 5 Uhr erschien der König mit den Prinzen Amadeo und Carignan und dem Kronprinzen von Portugal. Der König trug Generalsuniform mit seinen preussischen Orden, ein großes Gefolge umgab ihn. Etwa dreißig deutsche Herren, darunter Künstler und Schriftsteller, auch der deutsche Consul, waren anwesend. Die deutschen Offiziere erschienen in Civil. Punkt 5 Uhr erschien in höchst einfacher Reisetouille der deutsche Kronprinz. Er trug graue Beinkleider, einen dunkeln Ueberzieher und schwarzen Hut, einen Schirm in der Hand. Dem Kronprinzen folgte der Botschafter, Herr v. Reudell, dessen Frau in tiefer Trauer, ferner das Botschaftspersonal in Civil. Der Kronprinz unterhielt sich ein Weilchen mit dem König, den Prinzen, den Generalen und Minghetti. Dann sagte er zu den deutschen

Herren: „Ich werde Ihre Grüße nach der Heimath tragen.“ Zum Abschied umarmte und küßte er den König von Italien mit großer Herzlichkeit. Der König war sichtlich bewegt von den Freundschaftsbeweisen des deutschen Thronfolgers. Darauf schüttelte der Kronprinz den Prinzen Amadeo und Carignan die Hände und küßte noch einmal liebevoll den kleinen schmalen Blondkopf des italienischen Kronprinzen. Vom König Humbert und Gefolge bis zum Wagen begleitet, reiste der Kronprinz ab. Der deutsche Botschafter fuhr bis Chiessi mit. Seine Rückkunft wird für morgen erwartet. General Pianelli begleitete den Kronprinzen bis an die italienische Grenze. Vor dem Bahnhofe war bei der Abreise eine kolossale Volksmenge versammelt, welche den Kronprinzen mit nicht endenwollenden Zurufen begrüßte. Ein wahrer Enthusiasmus aller Klassen ist das Andenken, das der deutsche Kronprinz in Rom hinterläßt.

### Spanien.

Madrid, 14. Januar. [Aus den Cortes. — Zur Heirath des Königs.] Die mit großem Geräusch angekündigten und ungeduldig erwarteten Reden des Generals Pavia und des Führers einer Gruppe von Moderados, des Herrn Moyano, sind endlich heute vor dicht besetztem Hause gehalten worden. Beide, schreibt man der „R. Ztg.“, sprachen gegen die Heirath Don Alfonsos mit Donna Mercedes, doch nur die Auslassungen des letzteren sind von Bedeutung, weil sie das Verhalten einer ehemals mächtigen und auch heute noch thatendürftigen Partei gegenüber dem in Aussicht stehenden Einfluß Montpensiers in den grellsten Farben zeichnen. Drei Fragen sind es, die der clericale Moyano mit „Nein“ beantwortet: 1) Ist die Heirath des Königs eine Handlung privater Natur, die nur den Monarchen selbst angeht, oder ist sie ein politischer Act, worüber die Cortes gefragt werden müssen? 2) Wird durch die Verheirathung des Königs mit seiner Cousine Mercedes irgend etwas entschieden? Welchen Vortheil bringt sie uns im Innern oder nach außen hin? 3) Konnte die Regierung diese Heirath befürworten, ohne das moralische Gefühl der Nation zu verletzen? Er behauptete zunächst, daß der König nicht dieselben Rechte besitze, wie ein Privatmann. Dieser könne sich verheirathen, selbst wenn er Minister-Präsident sei. (Große Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses ob dieses zarten Hiebels aus Canovas, der von jeher ein leidenschaftlicher Verehrer des schönen Geschlechtes gewesen.) Doch einem Monarchen dürfe nichts über die Liebe zum Vaterlande gehen, welcher er seine gewöhnlichen Neigungen, Wünsche und Rücksichten unterordnen müsse. Zur Bekräftigung dieser Behauptung führte der Redner Bruchstücke aus früheren Reden Posada Herrera's, Ron's, Martinez de la Rosa's an und ging dann zur zweiten Frage über. Er verwahrte sich dagegen, daß man ihm irgend eine persönliche Abneigung gegen die tugendhafte Infantin Donna Mercedes unterstelle, denn „Donna Mercedes ist ein Engel, und über Engel sßt man nicht zu Gericht“. Die Heirath indessen entfernt die Parteien von einander; wollen Sie, meine Herren, die Güte haben und mir sagen, welche Partei den Herzog von Montpensier liebt? Das sei auf keinen Fall von den Progressisten zu erwarten. Wenn jedoch irgend Jemand daran zweifle, so verweise er auf ein Buch Ruiz Bailla's, worin behauptet wird, daß der Herzog von Montpensier immer gegen die Königin Isabella agitirt habe, und daß ihn trotzdem die Progressisten nicht lieb gewonnen hätten. „Und wenn ihn diese nicht mögen, sollen wir Moderados ihn gern haben? Welches Urtheil wird die Welt fällen? was sage ich, die Welt! Welches Urtheil wird der Herzog von Montpensier fällen, wenn ihr demnachst nach Aranjuez zieht und euch vor ihm in den Staub werft. Wir werden indessen nicht alle dahin gehen, denn ich gebe nicht nach, selbst wenn ihr mich unter den Galgen führt. So hart es euch auch ankommen mag, es bleibt euch kein Ausweg, ihr müßt in Gegenwart des Herzogs von Montpensier Zeugniß ablegen von der Biegsamkeit eurer Rückgrate“. Zur dritten Frage übergehend, sagte Moyano wörtlich: „Wem schuldet der Herzog von Montpensier den hohen Rang, welchen er in Spanien einnimmt als Infant, Ritter vom Goldenen Blies, als General-Capitän, wennschon nicht erwiesen ist, daß er jemals nur 4 Soldaten anführte? Der Großmuth der Königin Isabella II. Wie hat er sich für alle diese Beweise von Wohlwollen erkenntlich gezeigt? Indem er sie ihres Thrones beraubte, indem er versucht, ihren Kindern die ihnen zustehenden Rechte vorzuenthalten mit einer Undankbarkeit und einem Mangel an Loyalität, die erbeben macht. Spanien wird niemals ein derartiges Vergehen an seinen moralischen Gefühlen vergehen; man kann dem nicht vergeihen, der dem Kinde, das er ehemals liebte, die Krone entreißen wollte.“ Der Eindruck, welcher diese Rede hervorbrachte, war für die rechte Seite des Hauses ein gradezu niederschmetternder. Canovas ergriff unter peinlicher Stille das Wort, um seine Regierung und den Herzog von Montpensier zu vertheidigen, was ihm ziemlich schwer wurde.

Aranjuez, 18. Jan. [Die Prinzessin Mercedes] kam heute in Begleitung ihrer Familie von Sevilla hier an. Sie wurde, schreibt man der „R. Z.“, von den Spitzen der Behörden empfangen und zum königlichen Palast geleitet, wo sie bis zur Hochzeit am 23. d. bleiben wird. Der König wird morgen früh hier zu einem mehrstündigen Aufenthalt erwartet. Gens werden übermorgen Senat und Zweite Kammer der Infantin ihre Aufwartung machen. Ueber die Theilnahme der königlichen Familie an der Hochzeitsfeier verlautet, daß die Königin Isabella in Folge ihres jüngsten Verhaltens und ihres intimen Verkehrs mit dem Thronbewerber Don Carlos ausgeschlossen sein und in Paris zurückbleiben soll. Die ehemalige Königin Christine und deren Gatte Franz von Asti sollen dagegen an der Grenze durch den Grafen Sepulveda empfangen werden. Der Herzog von Montpensier wird nach der Hochzeit Rom besuchen, um alsdann den Sommer in Frankreich und den nächsten Winter wieder in Sevilla zu verbringen. Die offiziellen Vertreter der fremden Höfe und Regierungen werden in Trun vom Marschall Duesada empfangen werden und von da ab Gäste des königlichen Haushalts sein. In Madrid ist gestern vom Ministerrath das folgende Programm für die Festlichkeiten vom 23. d. aufgestellt worden: Nach der Ankunft der Prinzessin Mercedes von Aranjuez, welche auf 11 Uhr Morgens festgesetzt ist, wird Messe und ein sehr feierliches Tebeum in der Atocha-Kathedrale abgehalten werden. Alsdann soll sich die Garnison an der Spitze, ein feierlicher Festzug durch die bedeutendsten Straßen der Stadt nach dem Palaste bewegen. Abends wird im Palast ein Banket für die Mitglieder der königlichen Familie und in der Wohnung des Minister-Präsidenten für die Vertreter der fremden Höfe und die Diplomaten veranstaltet werden. Am 24. werden alle Theater unentgeltlich geöffnet sein und am Abend soll eine glänzende Beleuchtung stattfinden. Für den 25. sind die unvermeidlichen Stiergefechte und abermaliger freier Eintritt in alle Theater angesetzt. Am 26. sollen die Stiergefechte wiederholt werden und außerdem eine Gala-Vorstellung in der Oper stattfinden. Am 27. endlich soll mit großen Pferderennen und einer Truppenschau über 30,000 Mann der Schluß gemacht werden. Die lebensfrohen Madrilenos sind mit diesem Programm äußerst zufrieden, und zwar dies am so mehr, da seit den Zeiten, als noch die Königin Isabella alle par Jahre einmal die berühmten Arenen von Puerto de Santa Maria und Cadix besuchte, keine so glänzenden Stiergefechte mehr

stattgefunden haben, wie sie überhaupt nur auf den Wunsch des Hofes und unter der Zuhilfenahme des Staatsfiscals stattfinden können. Die fremden Besucher aber werden sich wundern, wie man im Jahre des Heils 1878, wenn auch nur auf der äußersten Südwestspitze Europas, einer jarten Neuwermählten ein so entseflich barbarifches Schauspiel zu bieten vermag. Glücklich ist jedenfalls jener Matador zu nennen, der an diesem Tage den Preis davontragen wird, denn wir glauben kaum, daß in diesen Tagen, vielleicht den König selbst nicht ausgenommen, irgend ein Mann populärer sein wird als er.

## Belgien.

Brüssel, 15. Januar. [Die ultramontane Tagespresse] führte in den jüngsten Tagen eine ergögliche Komödie auf. Die Liberalen des Landes, schreibt man der „N. Z.“, brachten nämlich kürzlich dem Professor Laurent in Gent, dem bekannten Stifter der Schulverbände und einem der „bestgehabten“ Freimüthigen des Landes, ein Ehrengefecht dar, bei welchem Anlaß Professor Wagener, ebenfalls ein Dorn im Auge des belgischen Ultramontanismus, die Festrede hielt. Das „Blen Public“ ging nun sehr scharf mit Professor Wagener ins Gericht und schrieb demselben gewisse Worte zu, welche man vergebens in der Rede suchen würde. Auf Grund des Pressegesetzes veranlaßte nun Professor Wagener das „Blen Public“, seine Rede vollständig wiederzugeben. Das Blatt leitete aber die Rede mit der Warnung an seine frommen Leser ein, die gottlose Rede nicht zu beachten. Dies schien der ultramontanen Zeitung „La Croix“ aber nicht zu genügen. Sie führte aus, das „Blen Public“ hätte lieber nicht fortgeschreiben sollen, als die Rede Wagener's zum Abdruck zu bringen. Herr Wagener sagte sich auf diese Gröfierung, um auch seitens des Blattes „La Croix“ den Abdruck seiner Rede zu verlangen. Gestern nun sollte die nächste Nummer des Blattes erscheinen. Man war daher ziemlich darauf gespannt, wie sich die Zeitung aus der Affaire ziehen würde. Die Nummer blieb aber aus, während der ultramontane „Courrier“ die Anzeige brachte, daß „La Croix“, um die Rede Wagener's nicht aufzunehmen, nicht weiter erscheinen werde. Ob Professor Wagener sich aber damit zufrieden geben wird, ist um so fraglicher, als die Zeitung früher wiederholt ähnliche „Auskunftsmitel“ für unzulässig erklärt. Andererseits behauptet man, „La Croix“ habe lange schon schleichlich nach einem Anlaß ausgeschaut, um das weitere Erscheinen einzustellen, nachdem der Verband der katholischen Gesellschaften kürzlich den Beschluß faßte, dem Blatte, welches die Clericalen unablässig bloßstellte, keine fernere Subvention zu gewähren. Daher wäre es denn auch für die Liberalen tief zu bedauern, wenn „La Croix“ wirklich zu erscheinen aufhörte.

[Gefetz zum Schutz vor unwürdigen Geistlichen.] Gleich nach dem Wiederzusammentritt der Kammer, schreibt man der „N. Z.“, wird Frère-Duban einen Gesetzesentwurf einbringen, welcher dahin lautet: daß wegen Nothzuchtsversuchen verurtheilte Personen für ihr ganzes Leben jedes Anspruchs auf eine Befolgung von Seiten des Staats, der Provinzen oder der Gemeinden für verlustig erklärt werden. Dieser sonderbare, fast überraschende Vorschlag ist dadurch hervorgerufen worden, daß in neuester Zeit in einem oder gar mehreren Fällen zum allgemeinen Aergerniß einem derartigen Frevel die Seelsorge einer Gemeinde anvertraut worden ist. Da es verfassungsmäßig dem Staate nicht zusteht, gegen irgendwelche geistliche Ernennung des Episcopates Einsprache zu erheben, und er vielmehr sonach gezwungen ist, einem allgemein für unwürdig erkannten Menschen die Befolgung darzulegen, hat sich das Bedürfnis ergeben, einem solchen Unfug in anderer, weitheriger Weise vorzubeugen und den Staat vor dem Vorwurf der Complicität zu schützen.

## Osmanisches Reich.

B. F. Bukarest, 18. Jan. (Von unserem Special-Correspondenten.) [Die englische Chronik.] — Gerüchte. — Die Abmachungen mit Rußland. Während in den Vormittagsstunden des heutigen Dreikönigstages die orthodoxe Feier der Wasserweihe an der die Stadt durchfließenden Dombowiza in möglichst pompöser Weise stattfand, verbreitete sich die Nachricht von dem Inhalt der englischen Chronik. Der Eindruck, den dieselbe hervorgebracht hat, war, wie ich in Voraus konstatiren will, bei Rumänen wie bei Russen wesentlich derselbe. In dem Schluppassus erkennt man, daß Alt-England darin sein: „Bis hierher und nicht weiter!“ ausspricht. Man verheißt sich nicht, daß der Ton der gewichtigen Rede, wenn auch nicht ein geharnischter, so doch ein sehr bestimmter ist, und die Ueberzeugung bricht sich Bahn und ist schon fast allgemein, daß England entschieden aus dem Stadium der Drohungen herausgetreten ist. Man glaubt hier, die Pforte werde im Hinblick auf jenen Schluppassus es auf ein Scheitern der Waffenstillstandsunterhandlungen ankommen lassen. Demzufolge ist hier die Annahme, der Krieg werde ohne Unterbrechung weiter gehen, vorherrschend. Man besorgt, die Türkei werde von Neuem das System der Hinhaltungspolitik, worin sie sich stets als Meister gezeigt hat, bei den schwebenden Verhandlungen befolgen. Es ist vollkommen correct, wenn ich von einer hier herrschenden Besorgniß spreche. Dazu kamen Gerüchte über eine drohende Position Oesterreichs. Schon will man bestimmt von einer Mobilisirung österreichischer Truppen wissen (nebenbei wird auch von Rüstungen in Deutschland geredet) und hiermit im Zusammenhange steht das schon vor einigen Tagen circulirende Gerücht, die aus Bulgarien zurückgekehrten rumänischen Truppentheile wurden gegen die ungarische Grenze hin zusammengezogen. Daß all dem keine besondere Bedeutung beigelegt werden darf, liegt auf der Hand. Wichtiger ist die Frage der Presse nach dem Inhalt der Abmachungen zwischen Rußland und Rumänen, welche bisher ebenso unbeantwortet bleibt, ebenso wie die Hauptfrage, ob Rußland überhaupt schriftliche bindende Verpflichtungen dem rumänischen Staate gegeben hat, auf Grund deren Rumänen beim Friedensschluß seine Ansprüche formuliren kann. Unter diesen Umständen ist das Mißtrauen erklärlich, daß die Regierung es verabsäumt haben könne, sich genügende Garantien von Rußland erwirken zu haben. Was noch speciell die Stellung des Ministeriums unsicher macht, ist der Umstand, daß dasselbe sich, wie man behauptet, zur Abtretung von besessenen Gebietsstücken principiell Rußland gegenüber bereit erklärt haben soll. Einem neuen Ministerium, bei dessen Zusammensetzung der Einfluß der beiden großen Parteien jedoch möglichst ausgeschlossen bleiben soll, würde demnach die Aufgabe zufallen, die Friedensverhandlungen unter möglichster Abschwächung der vom jetzigen Ministerium gemachten Zugeständnisse zu leiten. Was ferner auf die Stellung des Ministeriums von Einfluß sein muß, ist die der russischen Regierung zugeschobene Absicht, Rumänen an der Kriegskosten-Entscheidung nicht participiren lassen zu wollen. Nur mit einem anderen Cabinet, glaubt man, werden sich die Ansprüche Rumäniens durchsetzen lassen können. Daß bei diesen sich allwärts zeigenden Hindernissen die zuverlässigste Haltung der Rumänen einem eher etwas kleinen lauten Wesen Platz gemacht hat, ist nur zu natürlich; der Traum von ihrem Königthum wird noch manche Wandlungen zu bestehen haben, ehe er sich verwirklicht, wenn er sich überhaupt, woran aus vielen Gründen sehr stark zu zweifeln ist, realisiren sollte. Für die Entwicklung der noch sehr unfertigen Nation würde die Erhebung zum Königthum kaum heilbringend sein; die Selbstüberschätzung, zu welcher

der Charakter der Rumänen so außerordentlich hinneigt, würde in einer gefährlichen Weise dadurch genährt werden.

## Provincial-Beitung.

B. Breslau, 22. Jan. [Breslauer Credit-Berein, eingetragene Genossenschaft.] Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1877 erweist eine, wenn gleich unbedeutende Zunahme der gemachten Umsätze. Einnahme und Ausgabe beglichen sich mit 86,175 M. 14 Pf. Die Bilanz per 31. December 1877 ergab a. in Activa: Kassenbestand 1883 M. 56 Pf., Wechsel im Portefeuille 21,453 M. 35 Pf., Mobilien 289 M. 70 Pf.; b. in Passiva: Reservefonds 531 M. 69 Pf., Geschäfts-Anteile (Guthaben) der Mitglieder 11,719 M. 30 Pf., Spareinlagen 10,641 M. 23 Pf. und Dividende (Gewinn) 734 M. 34 Pf. Activa und Passiva beglichen sich somit in 23,626 M. 61 Pf. Mitglieder traten in 1877 20 zu, 15 aus, es verblieben demnach 147 Mitglieder. Die Guthaben (Geschäftsanteile) der Mitglieder haben um 775 M. zugenommen; die freiwilligen Spareinlagen erhöht sich um 4375 M., Vorkasse standen bei Beginn des Jahres 17,341 M. 50 Pf. aus, es wurden von neuen Vorkäufen resp. Prolongationen gewährt 75,335 M. 65 Pf. Hierauf wurden zurückgeahlt 71,223 M. 80 Pf., so daß die aufstehenden Vorkasse sich um 4211 M. 85 Pf. vermehrt haben. Der Reservefonds wird sich nach Abschreibungen für unentziehbare Forderungen und Zuschreibungen aus dem Jahresgewinn auf 673 M. 96 Pf. belaufen. Die Einnahme an Zinsen betrug 1801 M. 77 Pf., für Spareinlagen wurden dagegen an Zinsen gezahlt 345 M. 14 Pf. Von dem nach Abzug der Verwaltungskosten verbleibenden Gewinn-Ueberschuß soll eine Dividende von 6 pCt. zur Auszahlung gelangen.

+ Breslau, 22. Jan. [Praktische Stenographen-Gesellschaft.] Am 18. Januar Abends wurde im Gesellschaftslocal die erste diesjährige geschäftliche Versammlung abgehalten. Nachdem der Vorsitzende, Herr Hofmann, den Jahresbericht erstattet, und dem Cassirer, Herrn Höbner, nach Rechnungslegung Decharge erteilt worden, wurde zur Vorstands-Neuwahl geschritten. Wiedergewählt wurden Herr Hofmann als Vorsitzender und Herr Höbner als Cassirer. Neugewählt wurden Herr Gänther als Stellvertreter des Vorsitzenden, Herr Tschentscher als Schriftführer und Herr v. Sczaniedl als Bibliothekar. Bemerkt wird, daß sich bisher auch Damen an der Gesellschaft betheiligt haben.

[Ueber eine Kessel-Explosion.] Wird dem „Oberfchl. Anz.“ aus Rudnit unterm 21. d. geschrieben: In der vierten Nachmittagsstunde des heutigen Tages fand eine Explosion des Dampfkessels bei hiesiger Stärkefabrik statt. Der Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen; doch erlitten leider drei im Kesselhaus beschäftigte Arbeiter Brandwunden an den unbedeckten Körpertheilen durch die Dampfausströmung. Das Kesselhaus ist unbedeutend und erlitt der nur etwas gekentete, sonst aber in seiner Lage verbliebene Kessel so geringen Schaden, daß die Betriebsführung von vorausichtlich nicht langer Dauer sein dürfte. Da nach sofortiger Feststellung die Dampfspeisung zur Zeit der Explosion eine sehr geringe war, so dürfte die Ursache des beklagenswerthen Vorfalls am wahrscheinlichsten in einer aus Nachlässigkeit zu niedrig gehaltenen Wasserstandshöhe zu suchen sein.

— Bunzlau, 22. Jan. [Das Gymnasium.] brachte in dem diesjährigen Concert einen großen Theil der „Jahreszeiten“ von Haydn und zwar den „Sommer“ vollständig und aus den anderen Theilen die an sprechendsten Chor- und Solo-Piecen mit Orchester zur Aufführung. Daß die Soli tüchtige Leistungen sein würden, ließ sich bei der Besetzung durch die hiesigen beliebtesten Kräfte und die Uebnahme des „Simon“ durch Herrn Kaufmann Anders als Sörlig wohl erwarten; daß jedoch der Gymnasial-Chor mit ca. 130 Stimmen seine Aufgabe in so glänzender Weise bewältigen würde, mußte bei den jugendlichen Kräften und bei der Großartigkeit der Haydn'schen Fugensätze überraschen, und gebührt darum auch dem Dirigenten Herrn Knauer für solche Auffassung und Ausführung die höchste Anerkennung. Auch das Orchester trug zum Gelingen des Ganzen wesentlich bei, so daß wir diese Aufführung den besten würdig anreihen können.

— Wobslau, 20. Jan. [Gewerbeverein. — Wohnungsnoth.] In der Generalversammlung des Gewerbevereins wurde der Gesamtvorstand durch Acclamation wiedergewählt und zwar Gymnasiallehrer Riegner zum Vorsitzenden, Kaufmann Wittich zu dessen Stellvertreter, Canzlist Wölkel zum Schriftführer, Actuar Schmidt zu seinem Stellvertreter, Kaufmann Fiebig zum Rentanten und Schneidermeister Leichmann zum Bibliothekar. Das Stiftungsfest wird Sonnabend den 26. h. durch ein Kränzchen gefeiert. — Die Wohnungsnoth am hiesigen Orte, deren bereits früher einmal in dieser Zeitung Erwähnung geschah, dauert fort. Eine Familie, welche zum 1. Januar durchaus keine Wohnung bekommen konnte, muß sich mit den disponiblen Räumen der Dictionatswohnung auf ein Vierteljahr behelfen. Einige Hausbesitzer haben sich denn auch diese günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen und ihre Miether um bis etwa 40 Procent im Miethe-zins erhöht.

— Namslau, 20. Jan. [Zur Kirchhofs-Frage.] Der hiesige katholische Friedhof, welcher nach angestellten Ermittlungen bereits bis auf den letzten Platz gefüllt ist, wurde schon vor einiger Zeit durch die Polizei-Verwaltung für geschlossen erklärt und dem Todtengräber unter Strafandrohung das fernere Begraben auf demselben untersagt. Da der in unmittelbarer Nähe, und zwar innerhalb derselben Umzäunung liegen d. evangelische Friedhof noch viel Raum bietet, so wurde der Todtengräber gleichzeitig angewiesen, für die Leichen katholischer Einwohner forsan die Gräber auf diesem herzustellen. In der That hat in Folge dieser polizeilichen Bestimmung auch bereits die Beerdigung von drei Kinderleichen katholischer Confession auf dem evangelischen Kirchhofe stattgefunden und zwar nicht auf einem besonderen Plage, sondern in fortlaufender Reihe mit den Leichen der evangelischen Gemeinde. Da der letztgenannte Theil des Kirchhofes indeß alleiniges Eigenthum der evangelischen Kirchengemeinde ist, so glaubte der Vorstand derselben — der übrigens die Mitbenutzung des Friedhofes bereitwillig gestattet — zur Erhebung eines bestimmten Grabellengeldes, wie solches auch seitens der Evangelischen gegahlt wird, berechtigt zu sein. Auf eine diesbezügliche an den katholischen Kirchen-Vorstand gerichtete Zuschrift ist ihm indeß die besprechliche Antwort geworden, daß auf dem katholischen Friedhofe noch hinlänglich Raum zur Herstellung von Gräbern vorhanden sei. Eine in Folge dessen von Neuem angestellte polizeiliche Recherche hat jedoch das gerade Gegenteil ergeben. Bei dieser Gelegenheit ist ferner festgestellt worden, daß bei einer in diesen Tagen stattgefundenen Bestattung einer erwachsenen katholischen Person ein sogenannter referirter Platz, welchen sich ein überlebender Ehegatte für den Fall seines Todes an der Seite seiner Angehörigen vorbehalten hatte, zur Beerdigung benutzt worden ist. Da, wie verlautet, noch mehrere derartige sogenannte referirte Grabellen vorhanden sein sollen, so wird die Polizeibehörde demnach die erforderlichen Feststellungen vornehmen lassen, um für die Zukunft in der Lage zu sein, eine Umgehung oder Ueberletzung der die Schließung des katholischen Friedhofes betreffenden Polizei-Verordnung sicher verhindern zu können.

Berlin, 22. Jan. Wenn beim Beginn des Verkehrs die Börse in der unüberbärgten Nachricht von gestern Abend, daß Rußland für sich allein die Defnung der Dardanellen beanspruchen werde, etwas Beunruhigendes erblicken wollte, so konnten doch diese Bedenken vor einer ruhigen Beurtheilung nicht Stand halten. So kam es denn, daß trotz der Herabsetzung der Course einzelner Speculationspapiere, namentlich auch der russischen Anleihen, die feste Tendenz wieder die Oberhand gewann und theilweise selbst die Rückgänge wieder ausglich. Der Geschäftsumfang dagegen hatte Einbuße aufzuweisen und nur wenige Papiere, wie beispielsweise die Rumänischen Werthe, mochten heute die Börse in gewissem Maße noch nennenswerth interessieren. Unter den internationalen Speculationspapieren haben Oester. Creditactien einen Rückgang von einigen Mark zu verzeichnen. Franzosen blieben ruhiger, auch Lombarden behaupteten sich ziemlich gut. In Bezug auf die Liquidation schätz man das Hausse-Engagement als im Uebergewicht. Die Oester. Nebenbahnen befanden eine feste Haltung, wurden jedoch nur sehr wenig gehandelt. Galizier traten etwas mehr in den Verkehr. Ebenso begegneten Parubühler einiger Nachfrage. Die localen Speculations-Effecten ankerten ihre Notirungen nur wenig und zeigten sich in der Stimmung meist unentschieden. Disconto-Commandit-Angebote ließen etwas nach. Dieselben notirten ult. 115,25—115,50—115,25, Laurahütte ult. 67,75. Für die ausländischen Staatsanleihen war die Tendenz wenig fest und bei fast ganz belanglosen Umsätzen blühten die Notirungen kleinere Bruchtheile ein. Aufstische Werthe verhielten sich ruhiger, behaupteten im Großen und Ganzen aber das gestrige Niveau. 1877er Anleihe 81%—81%—81%, ältere 5proc. Anleihen per ultimo 82%—82%. Preussische und andere deutsche Staatspapiere still, unverändert. Einheimische Prioritäten waren fest, im Allgemeinen aber still, nur in Leipzig-Dresdener, Hannover-Altenbeler und Magdeburg-Halberstädter fanden einige Umsätze statt. Auswärtige Prioritäten bei guter

Festigkeit sehr rubig. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt blieb das Geschäft in sehr engen Grenzen. Festigkeit war indeß nicht zu vermissen. Stettiner, Potsdamer, Anhalter und Halberstädter anziehend, leichte Actien sehr still und weniger fest. Rumänen lebhaft und steigend, Obligationen ebenfalls beliebt, auch St.-R.-Act. besser. Markt-Posener St.-R.-Act. zogen ebenfalls etwas an. Banactien fest, aber rubig. Preussische Hypotheken-Actien-Bank kam höher zur Noth, auch Brüsseler Bank zog etwas an. Berliner Handels-Gesellschaft in guter Frage, Centralbank für Industrie beliebt und höher, Preussischer Bodencredit behauptet, Sächsischer Bank anziehend, Schaaffhausen ging zu etwas ermäßigter Noth sehr reger um, Provinzial-Gewerbebank schwach, Deutsche Bank niedriger. Industriefapere mäßig beliebt. Centralstrahe zu höherem Course begehrt. Große Pferdebank besser. Viehhof weichen. Centralheizung sehr lebhaft gefragt. Löwe lief etwas nach. Wiener Gasfabrik zog um 6 M. an. Dessauer Gasfabrik schwach. Hartmann'sche Maschinenfabrik und Freund'sche Maschinenfabrik anziehend. Montanwerthe erfreuten sich größerer Beliebtheit. Gelsenkirchen, König Wilhelm, Bergisch-Märkisches Bergwerk, Rheinisch-Nassauisches Bergwerk und Braunschweiger Kohlenbergwerk steigend. Hibernia und Harpener höher. Harfort niedriger.

Um 2½ Uhr: Schwach. Credit 385, Lombarden 135, Franzosen 436, Reichsbank 155,40, Disconto-Commandit 115,50, Laurahütte 67,75, Tübingen 9,50, Italiener 73,25, Oester. Goldrente 68,60, do. Silberrente 57, do. Papierrente 54,10, 5proc. Russen 82,10, Köln-Mindener 84,50, Rheinische 102,50, Bergische 69,50, Rumänen 25,50, Neue Russen 81,60.

Berlin, 22. Januar. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist regnerisch, stürmisch und für die Jahreszeit ganz ungewöhnlich warm. Roggen blieb im Werthe ziemlich unverändert, die Stimmung ist jedoch matt und Neigung zum Rückschritt wohl vorhanden, doch läßt der winzige Umsch die selbe nicht recht zum Ausdruck gelangen. — Roggenmehl matter. — Weizen in sehr beschränktem Verkehr, doch die Salzung, anfänglich eher matt, war schließlich wieder fest. — Hafer loco recht matt, mittelmäßige und abfallende Waare mußte billiger erlassen werden, in Folge dessen haben auch die Terminpreise etwas nachgegeben. — Rüböl blieb unbeachtet, hat sich im Werthe aber nicht weiter verschlechtert. — Petroleum flau, trog besserer Notirungen aus Newyork. — Spiritus hat abermals etwas billiger verlaufen werden müssen; der Umsch war mäßig beliebt.

Roggen loco 134—151 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 134—138 M. ab Bahn bez., feiner neuer russischer — M. bez., inländischer 140—147 M. ab Bahn bez., per Januar 139½ M. bez., per Januar-Februar 139½ M. bez., per Febr.-März 140½ M. bez., per März-April 142 M. bez., per Mai-Juni 141½ M. bez., per Juni-Juli 141½ M. bez. Gel. — Ger. Rindungspreis — M. — Mais pro 1000 Kilo loco alter 148—153 Mark. neuer — M., defect. alter — M. nach Qualität bez. — Hafer loco 105 bis 160 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oft- und weistrüchlicher 120—140 M. bez., russischer 120—140 M. bez., pommerischer 125—142 M. bez., schlesischer 125—142 M. bez., galizischer — M. bez., böhmischer 125—142 M. bez., ungarischer — M. bez., feiner weißer russischer 147—152 Mark ab Bahn bez., per Jan. — M. bez., per Febr.-März 136½ M. bez., Geländigt — Centner. Rindungspreis — M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Nr. 0 und 1 incl. Ead. per Jan. 19,65—60 M. bez., per Jan.-Februar 19,65—60 M. bez., per Februar-März 19,65—60 M. bez., per März-April 19,80—75 M. bez., per April-Mai 19,90—85 M. bez., per Mai-Juni 19,95 M. bez., Juni-Juli 20,5 bis 20 M. bez., Geländigt — Ger. Rindungspreis — M. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 72 M. bez., per Januar 71,5 M. bez., per Januar-Febr. 71,3 M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 71 M. bez., per Mai-Juni 70,8 M. bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-October 67 M. bez., Geländ. — Centner. Rindungspreis — Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 27 M. bez., per Januar 25,3—24,9 M. bez., per Januar-Februar 25,3—24,9 M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April — M. bez., per September-October 26,7 M. bez. Gel. 900 Ger. Rindungspreis 25 M.

Spirituss loco „ohne Faß“ 48,7 bez., per Januar 49—48,9 M. bez., per Januar-Februar 49—48,9 Mark bez., per April-Mai 50,7—50,5 bis 50,6 M. bez., per Mai-Juni 51—50,8—50,9 M. bez., per Juni-Juli 51,9—51,8—51,9 M. bez., per Juli-August 52,9—52,8—52,9 M. bez., per August-September 53,7—53,5—53,6 M. bez. Geländigt 30,000 Liter. Rindungspreis 49 M.

\* Trautenau, 21. Jan. [Garnmarkt.] Die Situation des Garn-geschäftes ist entsprechend der unveränderten Situation des Rohleinen-Grenz-Verkehrs dieselbe, wie auf den beiden früheren diesjährigen Märkten. Das Geschäft mit Deutschland ist seit Neujahr unterbrochen und beschränkt sich auf inländische Nachfrage und Umsätze. Die Preise sind gleichbleibend, werden notirt Zwirn Nr. 10 mit 69—72, Nr. 14 mit 53—57, Nr. 20 mit 43—48, Nr. 30 mit 38—41 Gulden pr. Schoß; Zwirn Nr. 30 mit 43—46, Nr. 40 mit 35—39, Nr. 60—70 mit 30—32 Gulden zu ablichen Conditionen, andere Nummern verhältnismäßig. — Im Uebrigen ist der Markt, wie leghin, orientirungsghalber sehr gut besucht.

[Beschränkung der Kohlenförderung.] Man schreibt der „N. S. Z.“ von Herne: „Bei dem großen Interesse, welches Sie für die Kohlenindustrie hegen, wird es Sie freuen, zu hören, daß die allgemeine Reduction der Forderungen um 10 pCt. beschlossene Sache ist. In einer in Gelsenkirchen stattgehabten Konferenz der Vertreter sämtlicher Zechen der Gelsenkircher und Reddinghauser Nebiere sind auch diese dem Vorgange der Dortmunder Wiltener und Bochumer Zechen gefolgt und haben die Reduction im Princip angenommen. Da dem Gelsenkircher und Reddinghauser Nebier die leistungsfähigsten Zechen angehören, z. B.: Rhein, Elbe und Alma 12,000,000 Ctr., Consolidation 10,000,000 Ctr., Dahlbusch 7,000,000 Ctr., Hibernia und Shamrock 8,000,000 Ctr., Belgische Actien-Gesellschaft 9,000,000 Centner, Pluto 6,000,000 Ctr., Centrum 5,000,000 Ctr., Holland 50,000,000 Ctr. Jahresproduction, so war der Beitritt dieser Zechen entscheidend. Es ist nun eine Commission von 3 Vertrauensmännern gewählt, welche sich mit den Grubenverwaltungen in Verbindung zu setzen, ihre Wünsche und Anträge entgegenzunehmen, den Modus der Reduction festzustellen und das Einhalten der Conention zu überwachen hat. Wir verheßen uns nicht, daß noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sind, aber bei alldem guten Willen wird diese Vereinbarung doch günstig auf den Kohlenmarkt einwirken und ein Halt! auf der abschüssigen Bahn herbeiführen. Die Erkenntniß der Nothwendigkeit einer gemeinsamen Maßnahme ist auch endlich bei uns zum Durchbruch gekommen; daß sie von guter Wirkung für unsere darniederliegende Montanindustrie sein möge, ist eine Hoffnung, die uns stark und ermutigt, kräftige Hand an die nicht leicht zu lösende Frage zu legen.“

# Breslau, 23. Jan., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen ruhig, bei schwächerem Angebot Preise unverändert.

Weizen, nur seine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer neuer 18,00—19,30—20,80 Mark, gelber neuer 17,10—18,10—19,80 Mark, feinste Sorte über Noth bezahlt.

Roggen in ruhiger Stimmung, pr. 100 Kilogr. 12,00 bis 13,20 bis 13,90 Mark, feinste Sorte über Noth bezahlt.

Gerste ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer gut behauptet, pr. 100 Kilogr. neuer 11,30—12,50—13,10 bis 13,70 Mark.

Erbsen unverändert, pr. 100 Kilogr. 12,10—13,10—14,00 Mark.

Größen beachtet, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen keine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 19,50 Mark.

Lupinen ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,20—10,20 bis 10,80 Mark, blaue 9,00—10,00—10,20 Mark.

Widen gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 10,50—11,50—12,50 Mark.

Delfaaten in fester Haltung.

Schlaglein schwach preishaltend.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat . . . 26 80 25 — 22 —  
Winterraps . . . 31 50 30 — 28 —  
Winterrüben . . . 30 25 29 25 27 25  
Sommererbsen . . . 29 75 28 — 26 —  
Leinbutter . . . 26 — 24 — 22 —

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 7—7,40 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleefamen schwächer angeboten, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 30—40—45—50 Mark, weißer fest, pr. 50 Kilogr. 40—47—55—65 Mark, hochfeiner über Noth.

Thymothee matter, pr. 50 Kilogr. 18—21—24 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen feinst 30,50—31,50 M., Roggen feinst 20,25—21,25 Mark, Haubaden 20,75—21,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,80—10,50 Mark, Weizenkleie 8,50—9,20 Mark.

Heu 2,30—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schoß à 600 Kilogr.

